

**Niederschrift
der Verbandsversammlung des Wasser- und Abwasserzweckverbandes „Mittelgraben“**

Tag der Sitzung: Mittwoch, 9. März 2022

Zeit: 18:02 Uhr bis 19:31 Uhr

Ort: MWA GmbH
Hybridsitzung Sitzungsraum EG
Fahrenheitstraße 1
14532 Kleinmachnow

Leiter der Sitzung: Gerd Sommerlatte Vorsitzender der Verbandsversammlung

Teilnehmer: 10 Vertretungspersonen (siehe Anwesenheitsliste)

Verwaltung: Felix von Streit MWA
Torsten Könnemann MWA
Diana Rix MWA
Thomas Kuhlmann MWA
Anne Krell MWA

Gast: Rechtsanwalt Ernst Kanzlei Ernst Recht

Protokoll: Anne Krell MWA

Aus Gründen der Einfachheit und besseren Lesbarkeit wird vorwiegend das generische Maskulinum verwendet, mit dem jedoch immer alle Geschlechter gemeint sind.

Öffentlicher Teil

Der Vorsitzende der Verbandsversammlung eröffnet die Sitzung um 18:02 Uhr.
Die Beschlussfähigkeit ist gegeben. Es sind 10 von 10 Vertretungspersonen anwesend.

TOP 0 Beschluss nach § 50a BbgKVerf – Video- und Audiositzungen – DS 01/2022

Herr Sommerlatte bittet um Abstimmung über die Beschlussvorlage DS 01/2022:

Die Verbandsversammlung beschließt:

1. Die außergewöhnliche Notlage gemäß § 50a der Kommunalverfassung des Landes Brandenburg (BbgKVerf) wird festgestellt.
2. Die Notlage wird bis zum 30.04.2022 befristet.

Abstimmung	Satzungsmäßige Stimmzahl	davon anwesend	abgegebene Stimmen			
			Ja	Nein	Enthalt.	ungültig
Gemeinde Michendorf	5	5	5	-	-	-
Gemeinde Nuthetal	5	5	5	-	-	-
	10	10	10	-	-	-

Abstimmungsergebnis: *einstimmig*

TOP 1 Feststellung der Beschlussfähigkeit, der frist- und formgerechten Einladung, der fehlenden Vertreter sowie Anträge bzw. Bestätigung der Tagesordnung

Die Beschlussfähigkeit ist gegeben. Es sind 10 von 10 Vertretungspersonen anwesend. Aufgrund der Coronalage wurde vorab durch den Vorsitzenden der Verbandsversammlung sowie die Verbandsvorsteherin beschlossen, dass die Sitzung in **hybrider Form** (online und in Präsenz) stattfindet. Die Vertretungspersonen wurden vorab darüber informiert.

Frau Nowka, Frau H. Hustig, Herr Reinkensmeier, Herr Wiedersberg und Herr Bidassek nehmen online an der Sitzung teil.

Die Ladung erfolgte frist- und formgerecht. Die Tagesordnung wird einstimmig bestätigt.

Frau Hustig stellt den Antrag den neuen Tagesordnungspunkt 7 mit der Drucksache 02/2022 vorzuziehen und als Tagesordnungspunkt 5 zu behandeln. Dies wird einstimmig bestätigt.

TOP 2 Einwohnerfragestunde

Herr Petzold bedankt sich für die Übersendung der Unterlagen zum Variantenvergleich.

Er merkt an, dass sich im Variantenvergleich Fehler befinden, welche die Kosten betreffen.

Herr Petzold schlägt vor, die Einwohner zu unterstützen, welche noch Sammelgruben haben, damit sich diese Kleinkläranlagen anschaffen können.

Des Weiteren stellt Herr Petzold Fragen zum Variantenvergleich und die Nichtveröffentlichung der Protokolle aus den Sitzungen. Diese Fragen konnten während der Verbandsversammlung beantwortet werden.

Weitere Fragen wurden vorbereitet, wobei er um schriftliche Beantwortung bittet:

1. Warum stehen immer noch 3,79 € als Anschlussbeitrag in § 6 der 9. Änderungssatzung, obwohl das Gericht einen Beitrag von ca. 2,60 € in der Verhandlung vom 05.03.2021 bekanntgegeben hat?

2. Welche Richtlinien oder Vorschriften legen fest, wann Wasserzähler Q₃=4 oder Q₃=10 eingebaut werden?

3. Anfrage im Auftrag von Herrn Schlechter: Wann ist mit dem von ihm gewünschten Vororttermin zu seinem Widerspruch vom 30.11. bzw. 15.12.2021 zu rechnen?

4. In der Ravensbergstraße in Bergholz werden zurzeit mehrere Häuser in zweiter Reihe bzw. auf geteilten Grundstücken gebaut. Die Grundstücke in der Ravensbergstraße wurden Anfang 2000 an das Kanalnetz angeschlossen. Die Anschlussbeiträge für diese Grundstücke wurden bereits entrichtet.

Wie erfolgt die Berechnung der Anschlüsse dieser Häuser an das Abwassernetz? Wie wurde

das kalkuliert? Dazu gibt es nach seinem Wissen keine Regelung in der Satzung.

Herr Sommerlatte stimmt einer schriftlichen Beantwortung zu.

Herr Schreinicke schlägt vor, für den neuen TOP 6 – Variantenvergleich, ein Rederecht für die Einwohner einzuräumen.

Herr Sommerlatte stimmt zu.

TOP 3 Bestätigung der Niederschrift der Verbandsversammlung vom 08.12.2021

Die Niederschrift der Verbandsversammlung vom 08.12.2021 wird bestätigt.

TOP 4 Anfragen, Anträge, Mitteilungen und Sonstiges

Keine.

TOP 5 (alt TOP 7) Gerichtlicher Vergleichsvorschlag zur einvernehmlichen Beilegung von Rechtsstreitigkeiten in gebührenrechtlichen Angelegenheiten im Erhebungszeitraum vom 01.10.2014 bis 30.09.2016 – DS 02/2022

Vorab bittet Herr Sommerlatte die Vertretungspersonen die Worte gerichtlicher Vergleichsvorschlag, im Text sowie im Beschlussvorschlag, zu streichen.

Frau Rix erläutert, dass Hintergrund sei, dass bis dahin noch nicht klar gewesen sei, ob ein gerichtlicher Vergleich oder ein außergerichtlicher Vergleich stattfindet. Nach nochmaliger Rücksprache mit der Vorsitzenden Richterin wurde sich nun auf einen außergerichtlichen Vergleich geeinigt.

Frau Rix informiert, dass in der Beschlussvorlage, unter Änderung/Ergänzung des Beschlussvorschlages, alle Passagen mit gerichtlicher Vergleichsvorschlag zu Vergleichsvorschlag geändert werden. (Die Änderungen sind der Niederschrift beigelegt).

Herr Rechtsanwalt Ernst schließt sich Frau Rix an und führt die Ergebnisse der Verhandlung auf.

Er informiert, dass das Gericht für die durchgeführten sowie die vergleichbaren Verfahren folgenden außergerichtlichen Vergleichsvorschlag vorgeschlagen hat:

1. Die jeweils in Rede stehende Gebührenforderung wird um 15 % reduziert.
2. Die Beteiligten sind sich darüber einig, dass keine abgabenrechtlichen Nebenforderungen gegenüber den jeweils anderen Beteiligten geltend machen werden.
3. Die Kosten des Verfahrens übernimmt die Beklagte.
4. Die zu viel gezahlten Gebühren werden bis Ende April auf das Konto des Prozessbevollmächtigten der Kläger überwiesen.

Des Weiteren empfiehlt Herr Rechtsanwalt Ernst dem Beschlussvorschlag zuzustimmen.

Frau Hustig empfiehlt ebenfalls zur Zustimmung des Beschlussvorschlages.

Herr Wiedersberg erklärt, dass er in der Beschlussvorlage eine Aufstellung der Kosten vermisst. Er erläutert, dass es für ihn ungewöhnlich ist, einem Beschlussvorschlag zuzustimmen, wenn er nicht weiß, welche Kosten auf den Verband zukommen.

Frau Rix erwidert daraufhin, dass Sie gern die ungefähren Kosten aufführen kann und bezieht sich dabei auf die 63 Verwaltungsgerichtsverfahren aus den Erhebungszeiträumen 2015, 2016, 2017 und 2018.

Sie informiert, dass ca. 27.000,00 € Schmutzwassergebühren erhoben und gezahlt worden sind in Bezug auf die 63 Gebührenklageverfahren. Bei einer vereinbarten Gebührenreduzierung von 15 % je Gebührenschuld müsste der WAZV „Mittelgraben“ insgesamt ca. 4.000,00 € zurückzahlen. Dazu würden dann noch die Verfahrenskosten, also die Gerichts- und Anwaltskosten, hinzukommen. Frau Rix geht hier von ungefähr 500,00 € - 750,00 € Verfahrenskosten pro Verfahren aus (ca. 50 T€ insgesamt), wobei eine genaue Bezifferung -aufgrund noch zu klärender Fragen hinsichtlich möglicher Einigungsgebühren und der Höhe der Rechtsanwaltskosten – nicht möglich ist.

Herr Wiedersberg fragt, warum das nicht aus der Beschlussvorlage zu entnehmen ist. Frau Rix erläutert, dass die ungefähren Kosten gerne noch in die Begründung aufgenommen werden können.

Weiter merkt Herr Wiedersberg an, dass er den Sachverhalt nicht versteht, da es ja eine Grundlage für die Entscheidung darstellt.

Frau Rix trägt vor, dass Grundlage der Entscheidung ist, einer Gebührenreduzierung um 15% je Gebührenschuld zuzustimmen sowie der Übernahme der Verfahrenskosten.

Herr Sommerlatte bittet Frau Rix die voraussichtlichen Kosten in die Niederschrift des Protokolls einzufügen.

(Ergänzung zur Höhe der Verfahrenskosten:

Für die Erhebungszeiträume 2014/2015 und 2015/2016 sind 45 Gebührenklagen anhängig, daneben gibt es noch weitere 18 Klageverfahren aus den Erhebungszeiträumen 2017/2018 und 2018/2019. Die 63 Gebührenklagen beinhalten Gebührenforderungen in Höhe von insgesamt 27.051,98 €. Damit hätte der WAZV „Mittelgraben“ hinsichtlich einer Reduzierung der in Rede stehenden Gebührenforderungen um 15 % insgesamt 4.057,80 € an die Kläger zurück zu zahlen. Darüber hinaus trägt der Verband auch die Kosten der Verfahren. Die Höhe der Verfahrenskosten belaufen Sie auf ca. 45 T€. Auch unter Berücksichtigung einer zu zahlenden Einigungsgebühr ist eine außergerichtliche Einigung auch hinsichtlich der finanziellen Auswirkungen für den Verband am wirtschaftlichsten.

Im Falle eines streitigen Verfahrens und Entscheidungen gegen den WAZV „Mittelgraben“ hätte der Verband die gesamten Gebührenforderungen in Höhe von 27.051,98€ zurück zu zahlen als auch die gesamten Verfahrenskosten (ohne Einigungsgebühr) zu tragen.)

Herr Sommerlatte bittet um Abstimmung der Beschlussvorlage DS 02/2022.

„Die Verbandsversammlung stimmt der Annahme des gerichtlichen Vergleichsvorschlages durch die Verbandsvorsteherin in den verwaltungsgerichtlichen Verfahren des Wasser- und Abwasserzweckverbandes „Mittelgraben“ zu Gesch.Z. VG 8 K 472/16 und VG 8 K 489/16 gemäß Protokoll der mündlichen Verhandlung vom 24.02.2022 zu.

Die Prozessbevollmächtigten werden angewiesen, gegenüber dem Verwaltungsgericht Potsdam bis zum 11.03.2022 die Zustimmung zum Abschluss des Vergleichs zu erklären. Die rechtshängigen Parallelverfahren für die Erhebungszeiträume vom 2014/2015 und 2015/2016 sollen in gleicher Weise durch Annahme eines vom Verwaltungsgericht vorgeschlagenen Vergleichs einvernehmlich beendet werden.

Die Prozessbevollmächtigten werden angewiesen, die derzeit ruhenden Parallelverfahren aufzunehmen, das Verwaltungsgericht um entsprechende Vergleichsvorschläge zu ersuchen und

jeweils nach Zugang die Zustimmung zur Annahme des Vergleichsvorschlags zu erklären.“

Die Abstimmung erfolgt uneinheitlich, da das Verbandsmitglied Nuthetal einheitlich mit JA und das Verbandsmitglied Michendorf uneinheitlich (eine Enthaltung) abstimmt.

Frau Rix weist darauf hin, dass die Abstimmung **je Verbandsmitglied** einheitlich sein muss. Eine gespaltene Stimmabgabe, also die nicht einheitliche Stimmabgabe, ist nach dem KAG ungültig. Die Stimmen gelten in diesem Fall als nicht abgegeben.

Herr Sommerlatte bittet die Gemeinde Michendorf um eine kurze Besprechung und weist nochmals darauf hin, dass einheitlich mit Ja oder Nein abgestimmt werden muss.

Herr Wiedersberg erläutert nochmals, was ihn an der Beschlussvorlage stört. Er erklärt, dass 27 T€ im Streit sind und wir 50 T€ Verfahrenskosten haben und er nicht weiß welche Vergleichskosten entstehen, die nicht entstehen würden, wenn sich der Verband eine Verurteilung einholt.

Herr Sommerlatte berichtet, dass es um die 27 T€ geht, worauf 15 % zurückgezahlt werden und der WAZV die Verfahrenskosten übernimmt. Ansonsten würde der Verband alles verlieren und dann wäre der WAZV mit einer ganz anderen, höheren Summe dabei.

Herr Wiedersberg erwidert, dass die 27.000,00 € aber auch im Verhältnis zu den Vergleichsgebühren stehen, die die Rechtsanwälte berechnen und dass diese relativ hoch seien.

Er habe keine Grundlage wie hoch die Kosten wären, wenn der Verband verurteilt werden würde. Er erläutert, dass die ca. 50.000,00 € ja nicht nur die Gerichtsgebühren beinhalten. Diese seien nur ein Teil der Gebühren. Dazu würden von beiden Seiten noch die Rechtsanwaltskosten dazu kommen.

Frau Heidi Hustig erklärt, dass wenn der Verband nicht auf den Vergleichsvorschlag eingeht, die Kosten ja noch höher werden. Sie argumentiert, dass in den 50.000,00 € die Anwaltskosten schon enthalten sind.

Herr Rechtsanwalt Ernst erläutert anhand eines Beispiels die ungefähren Kosten eines Klageverfahrens, insbesondere die Berechnung der Verfahrenskosten, der Terminsgebühr sowie einer Einigungsgebühr.

Weiterhin teilt er mit, dass die Richterin sich in den Verfahren dahingehend geäußert hat, dass wenn der Vergleich nicht angenommen wird, es eine entsprechende Entscheidung ohne mündliche Verhandlung geben würde. Nach Stand der Verhandlung vom 24.02.2022 sehe es so aus, dass der Verband dann auch die gesamten 27 T€ Schmutzwassergebühren zurückzahlen muss und trotzdem die vollen Gerichtskosten + Rechtsanwaltskosten ohne die Einigungsgebühr tragen müsste.

Frau Rix fügt hinzu, dass ein weiteres Problem bei einer Entscheidung gegen den Verband wäre, dass die gebührenrechtlichen Regelungen des WAZV seit 2011 ungültig wären und der Verband damit auch keine wirksame Gebührensatzung hätte. Die getroffenen Änderungssatzungen wären damit dann auch obsolet.

Herr Wiedersberg bittet, die Erörterung von Herrn Ernst sowie seine Erläuterungen, dass pro Verfahren ein erhöhter Kostensatz von ca. 20,00 € durch den Vergleich fällig wird, mit aufgenommen werden. Diese Darlegungen hätten auch in die Beschlussvorlage eingebracht werden können. Er bittet um Verständnis, dass er auf solch einer Kostengrundlage keine Entscheidung treffen kann.

Herr Ernst erklärt, dass der WAZV im Falle einer vergleichweisen Einigung zwar eine Einigungsgebühr pro Verfahren zahlen muss, aber sich die Gerichtsgebühr pro Verfahren reduziert. Wenn der Vergleich nicht angenommen wird und es zum Urteil kommt, wäre der Verband bei einer 3,0 Gerichtsgebühr.

Frau Hustig bringt ein, dass es dann doch wieder teurer wäre, wenn dem Vergleich nicht zugestimmt wird.

Nach weiterer Diskussion zu den einzelnen Kostenfragen erklärt Herr Wiedersberg, dass es 54,00 € pro Fall wären, die der Verband durch einen Vergleich teurer an Rechtsanwaltskosten rauskommen würden als bei einer streitigen Entscheidung.

Herr Ernst informiert, dass auf das wirtschaftlichste Ergebnis insgesamt hingewiesen werden muss und erläutert nochmal die wahrscheinlichen Kosten mit Einigungsgebühr und ohne Einigungsgebühr. Insgesamt ist eine vergleichsweise Einigung erheblich günstiger für den Verband als ein Urteil.

Herr Sommerlatte bittet darum, dass die Hinweise von Herrn Wiedersberg im Protokoll aufgenommen werden.

Herr Sommerlatte bittet um Abstimmung über die Beschlussvorlage DS 02/2022:

Abstimmung	Satzungsmäßige Stimmenzahl	davon anwesend	abgegebene Stimmen			
			Ja	Nein	Enthalt.	ungültig
Gemeinde Michendorf	5	5	5	-	-	-
Gemeinde Nuthetal	5	5	5	-	-	-
	10	10	10	-	-	-

Abstimmungsergebnis: *einstimmig*

TOP 6 (alt TOP 5) Variantenvergleich zur Schmutzwasserentsorgung der Ortsteile Fresdorf, Stücken, Fahlhorst und Tremsdorf – Diskussion der Varianten

Herr Könnemann stellt anhand einer Präsentation die Altersstrukturen in den 4 Ortsteilen vor. Er merkt an, dass Fresdorf und Stücken besonders auffällig sind, da die Bevölkerung in diesen beiden Ortsteilen wesentlich jünger ist, als in Tremsdorf und Fahlhorst. Dort beträgt der Anteil der über 60-jährigen ca. 50 %.

Weiter merkt Herr Könnemann an, dass die Varianten nochmals um die Ablösung der Sammelgruben durch Kleinkläranlagen erweitert wurden und stellt die Varianten nochmals vor. Herr Könnemann erläutert, dass die Variante 0 kurzfristig gesehen die günstigste wäre, gefolgt von der Variante 5 – Umwandlung von Sammelgruben in Kleinkläranlagen. Langfristig gesehen ist der jetzige Zustand jedoch die teuerste Variante.

Herr Jahnke bittet um Erläuterung, welche Kosten in den Berechnungen enthalten sind.

Herr Könnemann erwidert, dass sowohl die Investitionskosten als auch die laufenden Kosten und die Reinvestitionskosten, welche in bestimmten Abständen immer wieder anfallen, in den Berechnungen enthalten sind, einschließlich der Zinsen.

Herr Wiedersberg fragt, ob die gezeigten Präsentationen mit Kalkulationen unterlegt sind.

Herr Könnemann gibt an, dass dies der Fall ist und diese auch gern zugesendet werden können.

Frau Nowka wünscht die Zusendung der überarbeiteten Kalkulationsunterlagen.

Es folgt ein längerer Austausch über die Varianten und die Verlängerung der Befreiung vom Anschluss- und Benutzungszwang.

Herr Schmidt, ein Einwohner aus dem Ortsteil Fresdorf erklärt, dass die Statistik schlimmer aussehe als sie tatsächlich ist. Er führt an, dass man sich nicht an der Altersstruktur orientieren kann, da auch über 60-jährige Kleinkläranlagen bauen.

Herr Schmidt trägt vor, dass er dafür ist, dass alles so bleibt, wie es ist.

Herr Sommerlatte trägt zusammenfassend vor, dass auf die Tagesordnung der nächsten Verbandsversammlung der Tagesordnungspunkt – Verlängerung der Befreiung vom Anschlusszwang, mit Beschlussvorlage, soll. Diese Thematik muss jedoch noch aufgrund des Abwasserbeseitigungskonzeptes geprüft werden. Des Weiteren trägt er vor, dass folgende Überlegungen getroffen werden müssen:

1. Welche Anreize kann man zur Abschaffung von abflusslosen Sammelgruben schaffen?
2. Wie kann man möglichst viel Wasser in der Region behalten?

TOP 7 (alt TOP 6) Wirtschaftsplan 2022 – Informationen zum Schreiben der Kommunalaufsicht

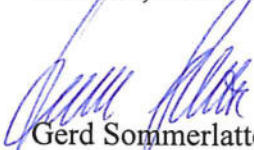
Herr von Streit informiert, dass man sich bereits mit der Thematik befasst hat und einige Lösungsansätze gefunden wurden. Zur Einreichung dieser wurde von der Kommunalaufsicht eine Fristverlängerung bis zum 02.05.2022 gewährt.

Weiter informiert er, dass die Ergebnisse im Ausschuss vorgestellt werden.

Der öffentliche Teil der Verbandsversammlung endet um 19:30 Uhr. Die Nichtöffentlichkeit wird hergestellt.

Herr Sommerlatte schließt die Verbandsversammlung nach dem nichtöffentlichen Teil um 19:31 Uhr.

Nuthetal, 26.04.2022



Gerd Sommerlatte
Vorsitzender der Verbandsversammlung

Anwesenheitsliste - Sitzung der Verbandsversammlung des Wasser- und Abwasserzweckverbandes „Mittelgraben“ vom 9. März 2022

insgesamt:

10

davon anwesend:

10

Gemeinde Michendorf

5

Vertretungspersonen:

Claudia Nowka
Bürgermeisterin

online

Eckhard Reinkensmeier

online

Gerd Sommerlatte

online

Jens Schreinicke

20

Volker Wiedersberg

online

Stellvertreter:

Kristin Lachmann

Ralf Jechow

Wolfgang Kroll

Roland Syring

1. Hardy Schulz

2. Petra van Dorsten

Gemeinde Nuthetal

5

Vertretungspersonen:

Ute Hustig
Bürgermeisterin

My

Heidi Hustig

online

Wilfried Jahnke

Jahnke

Kurth Kühne

Kühne

Wilfried Bidassek

online

Verwaltung

Felix von Streit

Streit

Diana Rix

Rix

Jessica Müller

entschuldigt

Stellvertreter:

Stephan Ranz

Sabine Herig

Dr. Bernd-A. Tenhagen

Christin Schramm

Andreas Fröhlich

Torsten Könnemann

Anne Krell

Thomas Kuhlmann

Gäste:

RA. Ernst:

Information zur Verarbeitung personenbezogener Daten durch den Wasser- und Abwasserverband „Mittelgraben“ (Zweckverband) bei Sitzungen der Verbandsversammlungen und des Verbandsausschusses

Im Rahmen der Verbandsversammlung hat nach § 5 Geschäftsordnung der Verbandsversammlung (GO) jeder Einwohner die Möglichkeit in Angelegenheiten des Zweckverbandes Fragen zu stellen, sowie Vorschläge und Anregungen zu unterbreiten (Einwohnerfragestunde, § 5 Abs. 1 S. 3 GO).

Die Sitzungen des Zweckverbandes sind öffentlich, es wird eine Teilnehmerliste geführt und es findet eine Tonaufnahme statt. Über den Verlauf der Sitzung wird eine Niederschrift gefertigt, die auf den Internetseiten des Zweckverbandes veröffentlicht wird.

Mit der Teilnahme an der Sitzung erklären Sie sich mit der Tonaufzeichnung einverstanden. Die Bekanntgabe Ihres Namens und/oder Ihrer Anschrift bei Vortragen eines Anliegens im Rahmen der Einwohnerfragestunde ist freiwillig. Mit der Bekanntgabe dieser Daten willigen Sie in die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten über diese Aufzeichnung ein.

Die Angabe Ihres Namens und Ihres Wohngebietes in die untenstehende Teilnehmerliste ist freiwillig. Mit Ihrer Angabe und Unterschrift willigen Sie in die Verarbeitung Ihrer Daten ein.

Die im Rahmen der Einwohnerfragestunde und in der Teilnehmerliste gemachten Angaben zu Ihren personenbezogenen Daten werden bei der Erstellung eines Wortprotokolls der Sitzung, bei der Erstellung der Niederschrift der Sitzung, bei der Veröffentlichung der Niederschrift der Sitzung auf den Internetseiten des Zweckverbandes verarbeitet.

Die verarbeiteten personenbezogenen Daten, die Teilnehmerliste und die Niederschrift werden bis zum Erreichen der gesetzlichen Aufbewahrungsfrist (10 Jahre) gespeichert und anschließend gelöscht oder anonymisiert. Die Tonaufzeichnung wird nach Bestätigung der Niederschrift durch die Verbandsversammlung gelöscht, § 14 Abs. 2 GO.

Sie können Ihre Einwilligung jederzeit mit Wirkung für die Zukunft widerrufen. Die Erhebung und Verarbeitung der bis dahin erhobenen Daten bleibt jedoch zulässig. Den Widerruf richten Sie bitte schriftlich an die Vorstandsvorsteherin des Wasser- und Abwasserzweckverband „Mittelgraben“, Frau Ute Hustig, Arthur-Scheunert-Allee 103, 14552 Nuthetal, E-Mail: info@wazv-mittelgraben.de

Für weitere Hinweise beachten Sie auch unsere Datenschutzerklärung unter: www.wazv-mittelgraben.de

Teilnehmerliste Einwohner Versbandsversammlung 09.03.2022

	Name	Ortsteil/Gemeinde	Unterschrift
1	Schmidt	Fresdorf	[Signature]
2	Wenzel	"	
3	Rehfeld	Rehbrücke	[Signature]
4	Grosser	Rehbrücke	[Signature]
5			
6			
7			
8			
9			
10			
11			
12			
13			
14			
15			
16			
17			
18			
19			
20			